

Inhalt

I.	TÜSIAD Broschüre bildet Auftakt zu türkisch-deutschem Dialog	2
II.	Verbotsantrag gegen AKP	3
III.	Ermahnungen an die Türkei	4
IV.	Außenpolitische Angelegenheiten	6
V.	Finanz- und Wirtschaftsnachrichten	7
VI.	Firmennachrichten aus der Türkei	8

TÜSIAD – VERBAND TÜRKISCHER INDUSTRIELLER UND UNTERNEHMER**TÜSIAD DEUTSCHLAND VERTRETUNG****April 2008**

I. TÜSIAD Broschüre bildet Auftakt zu türkisch-deutschem Dialog

„Die Türkei ist Europas nächstes Wirtschaftswunder.“, sagt Norbert Walter, Chefvolkswirt Deutsche Bank. Und Günter Verheugen, EU-Kommissar für Unternehmen und Industrie, ist überzeugt: „Das große wirtschaftliche Potenzial der Türkei wird Europa starker machen.“ In der heute in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlichten Broschüre „Warum die Türkei zu Europa gehört“ machen sich diese und weitere Persönlichkeiten des deutschen öffentlichen Lebens gemeinsam für einen EU-Beitritt der Türkei stark. Die Broschüre bildet den Auftakt zu einem langfristig angelegten Dialog zwischen der Initiative Moderne Türkei und der deutschen Öffentlichkeit. Die Initiative wird getragen vom TÜSIAD, dem türkischen Verband für Industrieller und Unternehmer.

Der ehemalige Bundespräsident und Außenminister Walter Scheel argumentiert politisch: „Die Mitgliedschaft der Türkei ist die logische Fortsetzung einer Erfolgsgeschichte. Gemeinsam haben wir viel erreicht und können in Zukunft noch viel mehr erreichen.“ Ähnlich sieht es Franz Müntefering, ehemaliger Arbeitsminister und Vizekanzler a.D.: „Über 40 Jahre lang haben die Türkei, Deutschland und Europa von der gegenseitigen Annäherung profitiert. Für ein starkes Europa müssen aus Freunden Partner werden.“

Unterstützung findet das Engagement von TÜSIAD auch von der 2006 gegründeten Ernst Reuter Initiative für Verständigung und Dialog zwischen den Kulturen, die Bundesaußenministers Frank Walter Steinmeier und der ehemalige türkische Außenminister und amtierende Staatspräsident Abdullah Gül gegründet haben. Die Broschüre trägt deshalb das Logo der Ernst Reuter Initiative.

Die Liste der in der Broschüre auftretenden Fürsprecher des türkischen EU-Beitritts umfasst eine Vielzahl weiterer prominenter Persönlichkeiten: Edzard Reuter, der ehemaliger Vorstandsvorsitzender Daimler-Benz AG, Prof. Roland Berger, Gründer und Chairman von Roland Berger Strategy Consultants, Dr. Arend Oetker, Geschäftsführer der Arend Oetker Holding, die Bundestagsabgeordnete Dr. Lale Akgün (SPD) sowie die Abgeordneten im Berliner Abgeordnetenhaus Emine Demirbükten-Wegner (CDU) und Bilkay Öney (Bündnis 90 / Die Grünen).

II. Verbotsantrag gegen AKP

Rehn: „Der Verbotsantrag ist ungerechtfertigt“

EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn bezeichnete den Verbotsantrag gegen die regierende Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) in der Türkei als ungerechtfertigt. Ein Parteiverbot sei nach den Statuten des Europarates für Demokratie nur gerechtfertigt, wenn die Partei zur Anwendung von Gewalt aufrufe oder selbst Gewalt als politisches Mittel nutze, erklärte Rehn gestern. Dies sei bei der AKP aber nicht der Fall.

„In den Mitgliedsstaaten der EU werden diese Art Fragen im Parlament und an den Wahlurnen erörtert, nicht von Gerichten“, führte Rehn fort. Es stehe viel für die Türkei auf dem Spiel, sagte Rehn mit Blick auf einen möglichen EU-Beitritt. „Die Türkei muss ihre ganze Kraft den seit langem erwarteten Reformen widmen, die die Integration der Türkei in die EU vorantreiben“, erklärte Rehn.

Der Sprecher des US-Außenministeriums Tom Casey erklärte auch diesbezüglich, von den zuständigen Seiten erwarteten die USA einen Prozess in Richtung der Willen der Wähler.

Hürriyet

Lagendijk: „Der Verbotsantrag gegen AKP setzt die Türkische EU-Mitgliedschaft ins Spiel“

Auf der Konferenz über den türkischen EU-Beitrittsprozess sagte der Co-vorsitzende der türkisch-europäischen Parlamentarierkommission Joost Lagendijk, dass der Verbotsantrag gegen die regierende Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) für den türkischen EU-Mitgliedschaftsprozess nicht gut sei. Lagendijk sagte: „Das wird die Personen freuen, die gegen eine türkische EU-Mitgliedschaft sind. Sie werden fragen, warum die EU die Beitrittsverhandlungen fortführen soll, mit einem Land, wo die Regierungspartei verboten wird.“ Er teilte mit, dass die Türkei auch dieses Jahr an Zeit verlieren wird.

Bezüglich der Erwartungen von der AKP sagte Lagendijk: „Die Europäer erwarten, dass die Reformen fortgeführt werden, aber dass ist nicht der Fall. Ich empfehle der AKP neue Reformen umzusetzen. Sonst werden sie gegen zwei Gegner kämpfen müssen: Die Opposition in der Türkei und Europa. Wenn die AKP politisch weiter existieren will, dann muss sie zeigen, dass sie die Türkei auf das Niveau der europäischen Normen steigern will.“

Milliyet

Verhandlungen werden nicht unterbrochen

Joost Lagendijk, Co-Vorsitzender der türkisch-europäischen Parlamentarierkommission, wies darauf hin, dass die Verhandlungen mit der Türkei sogar in der schlimmsten Situation nicht gestoppt werden können. Lagendijk sagte: "Die Worte des Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan in der letzten Woche in Schweden waren sehr sinnreich. Trotz allem, was es passieren sollte, gibt es eine Potentiale in den Türkei-EU-Beziehungen."

Milliyet

III. Ermahnungen an die Türkei

Die Europäische Union hat den Beitrittskandidaten Türkei abermals ermahnt, das Reformtempo in Staat und Gesellschaft deutlich zu erhöhen. Eine weitere Modernisierung liege im Interesse des Landes, ein neuerlicher Aufschub würde den Fortgang der Beitrittsverhandlungen ernsthaft beeinträchtigen, heißt es im neuen Fortschrittsbericht des Auswärtigen Ausschusses im Europaparlament. "Wir begrüßen die Ankündigung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan, dass 2008 das Jahr der Reformen werden soll", sagte gestern die zuständige Berichterstatterin, die niederländische Christdemokratin Ria Oomen-Ruijten. Den Worten müssten jetzt aber auch Taten folgen. Die Türkei ist seit 2005 offizieller EU-Beitrittskandidat.

Konkret fordern die Abgeordneten von der Türkei eine grundlegende Reform des berüchtigten Strafgesetzbuch-Paragrafen 301, der eine Beleidigung des Türkentums unter Strafe stellt. Mit Hilfe des Paragrafen gehen nationalistische Juristen in der Türkei immer wieder gegen Schriftsteller und Intellektuelle vor. Nach der Vorstellung Ankaras soll der Paragraf umformuliert werden, so dass künftig die "Beleidigung der Türkei" verboten wäre. Dies gehe nicht weit genug, kritisierten die Europa-Abgeordneten.

Der Ausschuss fordert überdies mehr Rechte für die Kurden und andere Minderheiten in der Türkei sowie Chancengleichheit für Männer und Frauen. Die Macht des Militärs müsse beschnitten werden. Das laufende Verbotsverfahren gegen die islamisch-konservative Partei AKP beobachten die Abgeordneten mit großer Sorge. Der SPD-Europaparlamentarier Vural Öger sagte: "Ein Verbotsverfahren gegen eine Regierungspartei einzuleiten, die 47 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigt, stößt im westlichen Demokratieverständnis auf Unverständnis."

Özdemir vermisst lobende Worte

Der Türkei-Bericht wurde im Auswärtigen Ausschuss von allen maßgeblichen Parteien angenommen. Der deutsche Grünen-Abgeordnete Cem Özdemir sagte, auch er trage den Text mit. Gleichwohl hätte er es angesichts des laufenden Machtkampfes in der Türkei zwischen der gewählten Regierung und den nationalistisch-republikanischen Kräften lieber gesehen, wenn die

Abgeordneten ermutigendere Worte für die Türkei gefunden hätten. So bestehe die Gefahr, dass der Bericht den EU-Gegnern in der Türkei in die Hände spielt.

Berliner Zeitung

IV. Außenpolitische Angelegenheiten

Unterstützung der Pazifischen Inseln

Aussenminister Ali Babacan forderte Unterstützung von Pazifischen Inseln für die türkische nichtständige Mitgliedschaft in den UN-Sicherheitsrat zwischen den Jahren 2009 und 2010. In diesem Monat war Babacan der Gastgeber der pazifischen Aussenministerversammlung in Istanbul. Die Teilnehmer haben erklärt, dass sie die Türkei unterstützen werden. Der Aussenminister von Papua Neuguinea Samuel Abal teilte mit, dass sie die Türkei stark unterstützen und sagte: "Wir schätzen das Wachstum und die Fortschritte der Türkei hoch ein."

Cumhuriyet

Barroso fordert mehr Reformen von der Türkei

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn und ihre Begleiter wurden in Ankara von Außenminister Ali Babacan zeremoniell empfangen.

„Die Türkei ist ein Schlüsselstaat in Europa, aber für einen Beitritt in die EU muss sie noch einen sehr langen Weg gehen“. In seiner Rede vor dem türkischen Parlament hat Barroso die Türkei zu einem schnelleren Tempo bei der Umsetzung von demokratischen Reformen aufgefordert. Es sei noch ein langer Weg, sagte er mit Blick auf den EU-Beitritt des Landes. Barroso mahnte vor allem Reformen des Rechtssystems und Fortschritte beim Schutz der Rechte für Frauen und Minderheiten an. Eine "privilegierte Partnerschaft" zwischen der EU und seinem Land wies Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan erneut zurück. Es gebe keine Alternative zur vollwertigen Mitgliedschaft, unterstrich er.

„Ich möchte die Türkei ermutigen, den Reformprozess voranzutreiben“, sagte Barroso nach Gesprächen mit Erdoğan. Ankara habe bereits Fortschritte gemacht, dennoch seien weitere Reformen wie die des Rechtssystems nötig. Der EU-Kommissionspräsident begrüßte die zu Wochenbeginn von der Regierung ins Parlament eingebrachte Reform des "Türkentum"-Paragraphen 301. Dies sei "ein Schritt in die richtige Richtung", sagte er.

Zum laufenden Verbotsverfahren gegen die regierende AKP sagte Barroso, der Fall sei "gelinde gesagt, nicht üblich in einem stabilen und demokratischen Land". Er forderte ein Urteil, das europäischen Standards entspricht. Erweiterungskommissar Rehn drohte mit einer Aussetzung der Beitrittsgespräche, sollte die AKP verboten werden.

Mit dem gemeinsamen Besuch von Barroso und Rehn hat aber immerhin die EU nach fast zweijähriger Pause wieder signalisiert, dass sie die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei noch nicht ganz abgeschlossen hat. Bis Juli, so Barroso, sollen zwei weitere Verhandlungskapitel eröffnet werden. Entscheidender für zukünftige Fortschritte dürfte aber sein, wie sich die Verhandlungen auf Zypern gestalten. Sollten dort demnächst substanzielle Fortschritte gemacht werden, wäre eines der größten Hindernisse aus dem Weg geräumt.

Türkiye/Milliyet

Plassnik setzt sich in Ankara für Alternative zum EU-Beitritt ein

Die österreichische Außenministerin Ursula Plassnik hat sich für eine Alternative zum angestrebten EU-Beitritt der Türkei ausgesprochen. Sie könne sich eine maßgeschneiderte türkisch-europäische Gemeinschaft als realistische Alternative vorstellen, sagte Plassnik bei einer Pressekonferenz mit Außenminister Ali Babacan in Ankara. Die Türen dürften der Türkei nicht zugeschlagen werden. Aber es bedürfe Verhandlungen, um die genauen Umriss der gegenseitigen Beziehungen zu erforschen.

Babacan erklärte dagegen, ein Beitritt der Türkei zur EU würde eine wichtige Botschaft über ein Bündnis der Zivilisationen aussenden und sei „eines der wichtigsten Friedensprojekte des 21. Jahrhunderts“.

Ankara bemüht sich unterdessen um einen Dialog mit der neuen Regierung in Armenien. Babacan erklärte bei der Pressekonferenz mit Plassnik, auf diese Weise sollten die Beziehungen zwischen beiden Ländern normalisiert werden. Das habe er seinem armenischen Kollegen in einem Brief geschrieben.

„Zugegeben, wir haben Probleme, von denen einige 100 Jahre zurückreichen“, erklärte Babacan. Diese Probleme ließen sich jedoch nur mit Hilfe des Dialogs lösen.

Über das Verbotsverfahren gegen die Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) sagte Plassnik: „Die Türkei hat internen Klärungsbedarf, das ist ein anspruchsvoller Prozess der Selbstklärung. Es geht um moderne Identitätsfindung, das muss von innen kommen. Wir können europäische Standards erläutern, aber nicht innenpolitischer Schiedsrichter sein.“

Türkiye

Rehn: "In 10-15 Jahren kann die Türkei aufgenommen werden"

Die Europäische Union (EU) will die seit 2005 laufenden Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beschleunigen. Die EU beabsichtige, in den Verhandlungen mit der Türkei im Juni zwei weitere Kapitel zu eröffnen, sagte EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn der Zeitung "Die Welt". Dabei handle es sich um die "Kapitel Unternehmensrecht und intellektuelle Eigentumsrechte." In der zweiten Jahreshälfte sollten dann unter französischer Ratspräsidentschaft weitere Verhandlungskapitel hinzukommen, unter anderem zu Energiefragen. Rehn wies auch darauf hin, dass die Türkei in 10-15 Jahren zur EU aufgenommen werden kann falls sie ihre Reformen mit Beschlossenheit fortführt.

Es sei wichtig, dass sich die EU gerade auch in "kritischen Zeiten zur Beitrittsperspektive der Türkei bekennt", sagte Rehn. Zugleich forderte er weitere Reformen von der Regierung in Ankara: "Wir erwarten Redefreiheit für alle. Wir erwarten, dass die Rechte von Frauen und Minderheiten geschützt werden." Dies erfordere Anstrengungen, keinen Fatalismus. "Niemand sollte sich darauf verlassen, dass die Lösung vom Himmel fällt."

Türkiye

V. Finanz- und Wirtschaftsnachrichten

Handelskonferenz in Istanbul

Die Handelskonferenz 'Trade Winds Europe', die von den amerikanischen und türkischen Firmen sowie vom US-Unterstaatssekretariat für Handel gemeinsam veranstaltet wird, wird vom 14.-16. April in Istanbul veranstaltet. Im Rahmen der Konferenz wird eine Handelsdelegation aus den USA die Türkei besuchen.

Unterdessen wies der US-Botschafter in Ankara Ross Wilson in seinem Artikel in der amerikanischen Handelszeitschrift 'Commercial News USA' darauf hin, dass die türkische Wirtschaft in den letzten sechs Jahren durch die Reformen der Regierung stark gewachsen sei. Wilson betonte auch, dass die politische Stabilität ausländische Investitionen von etwa 50 Mrd. Dollar in den letzten drei Jahren in die Türkei verlockt hat.

Hürriyet

Sozialversicherungsgesetz in Kraft

Der Entwurf zur Änderung einiger Paragraphen des Gesetzes für Sozialversicherung und Allgemeine Krankenversicherung ist im Parlament angenommen worden und somit in Kraft getreten. Nach dieser Regelung wird das Pensionsalter bei den Frauen und Männern schrittweise

erhöht und ab dem Jahr 2048 soll das Pensionsalter bei Frauen und Männern, 65, angeglichen werden.

Türkiye

Deppler: "Türkei hat vieles erfolgreich fertig gebracht"

Michael Deppler, Direktor der Europa-Abteilung des IWF, teilte mit, dass die Türkei in den letzten drei Jahren vieles erfolgreich fertig gebracht habe, und sagte: „Die Türkei hat die politische Störung im vergangenen Jahr ohne wirtschaftliche Krise durchgemacht. Auch fortan werden wir bei allen Probleme hinter euch stehen.“

Türkiye

VI. Firmennachrichten aus der Türkei

Eczacibasi übernimmt Mehrheit an Badezimmereinrichter burghad

Eczacıbaşı

Die türkische Industriegruppe Eczacibasi will den Badezimmereinrichter burghad AG übernehmen. Wie das in Istanbul ansässige Unternehmen am Montag mitteilte, hat es den Aktionären von burghad ein Übernahmeangebot der Aktien zum Kaufpreis von 20,12 Euro pro Aktie unterbreitet. Dies entspreche einer Prämie von etwa 34,5% auf den volumengewichteten durchschnittlichen Xetra-Kurs der burghad-Aktien in den vergangenen drei Monaten.

Die burghad AG aus Bad Fredeburg im Sauerland gehört bislang mehrheitlich der Ruddies Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft, die 50% plus eine Aktie hält. Diese hat am Montag in separat mitgeteilt, bereits einen Vertrag mit Eczacibasi über den Verkauf des burghad-Aktienpakets unterzeichnet zu haben.

Eczacibasi ist in Deutschland bereits mit den Marken Vitra (Bad-Lösungen) und Engers (Fliesen) sowie, seit der Übernahme der Kontrollmehrheit der V&B Fliesen GmbH 2007, mit der Marke Villeroy & Boch im Segment Fliesen vertreten. Die Übernahme von burghad wird das Produktportfolio von Eczacibasi erweitern und es dem Unternehmen nach eigener Einschätzung ermöglichen, höhere Wachstumsraten zu erzielen.

Allianz übernimmt Mehrheit an zwei Versicherern in der Türkei



Der Versicherungskonzern Allianz SE hat seinen Anteil an zwei Joint Ventures mit der Koç Holding AS in der Türkei erhöht und nun die Mehrheit übernommen. Für 248 Mio EUR übernimmt der Münchener DAX-Konzern weitere 47,1% des Sachversicherers Koç Allianz Sigorta AS, wie die Allianz am Montag mitteilte. Dadurch steigt der Allianz-Anteil auf 84,2%.

Außerdem erhöht die Allianz für 125,2 Mio EUR ihren Anteil an der Lebensversicherung Koç Allianz Hayat ve Emeklilik AS auf 87,0% von 38,0%. Die Verhandlungen über die Anteilskäufe hatte die Allianz bereits im Dezember 2007 angekündigt.

"Unsere Vereinbarung unterstreicht unser langfristiges Engagement im türkischen Markt, in dem wir ein großes Wachstumspotenzial sehen," sagte Enrico Cucchiani, Mitglied des Vorstandes der Allianz SE. Die Bevölkerung des Landes beträgt etwa 70 Millionen und weist ein relativ junges demografisches Profil sowie eine geringe Versicherungsdichte auf.

Koç Holding ist ein führender Konzern in der Türkei in den Branchen Energie, Automobil, Konsumgüter und im Finanzsektor. 2007 verzeichnete das Unternehmen einen Umsatz von 29 Mrd EUR.

Koç Allianz Sigorta ist ein Sachversicherer in der Türkei mit umgerechnet 484 Mio EUR Beitragseinnahmen im Jahr 2007. Koç Allianz Sigortas Kerngeschäfte sind die Kranken- und Kraftfahrtversicherung. Wichtigster Vertriebskanal sind Versicherungsagenturen.

Koç Allianz Hayat ve Emeklilik ist ein Lebens- und Rentenversicherer in der Türkei. 2007 verzeichneten die Gesellschaft Beitragseinnahmen und Nettomittelzuflüsse in die Rentenversicherung von 74 Mio EUR. Die wichtigsten Vertriebskanäle sind neben Versicherungsagenturen, der Direktvertrieb sowie Banken.

Conergy-Tochter gründet Joint Venture in der Türkei



Die zur Conergy AG gehörende Epuron GmbH geht mit dem türkischen Bauunternehmen Ataseven ein Joint-Venture zur Errichtung von großen Windparks in der Türkei ein. Wie das

Unternehmen am Dienstag mitteilte, habe man zusammen zehn Windenergieprojekte mit einer Gesamtleistung von 3.000 Megawatt zur Genehmigung bei der staatlichen Energiebehörde EMRA (Energy Market Regulatory Authority) eingereicht. Eine Lizenzvergabe wird für 2009 erwartet, erst dann stünde das endgültige Projektvolumen fest. Ataseven übernimmt im Joint Venture die Infrastrukturarbeiten, während Epuron die Standortentwicklung und Finanzierung der Windparks über internationale Großbanken und Investoren verantwortet.

A-Tec erhält Millionenauftrag in der Türkei



Der börsennotierte Mischkonzern A-Tec kommt bei einem Großauftrag in der Türkei zum Zug. Die A-Tec-Tochter Power Plant Systems AG ist Teil eines Konsortiums mit der Mitsubishi Heavy Industries Ltd. Das Joint-Venture Enerjisa, das zu gleichen Teilen dem Verbund und der türkischen Sabanci Holding hat am Donnerstag den Baubeschluss für ein 920-MW-Gaskraftwerk in Bandirma an der Südküste der Marmarasee in der Nordwest-Türkei gegeben. Das Kraftwerk soll im Herbst 2010 ans Netz gehen.

Großinvestition

Das neue Kraftwerk in Bandirma ist eine der ersten namhaften Großinvestitionen im türkischen Elektrizitätssektor. Der rasant steigende Stromverbrauch in der Türkei - Zuwachs von knapp 8 Prozent im Jahr 2007 - und ein Pro-Kopf-Verbrauch von erst rund einem Viertel des OECD-Durchschnitts sind die Eckpfeiler eines fundamentalen Engpasses an Erzeugungskapazität in der Türkei.

Marktführerschaft angestrebt

Enerjisa hat bereits heute rund 450 MW an installierter Leistung (Gas- und Wasserkraftwerke). Verbund und Sabanci haben sich zum Ziel gesetzt, Marktführer im türkischen Strommarkt zu werden und wollen bis 2015 mindestens 5.000 MW an Erzeugungskapazitäten errichten und an den bevorstehenden Privatisierungsprozessen im Verteilnetz- und Erzeugungsbereich teilnehmen.

500 Mio. Euro Projekt

Das neue Kraftwerk wurde in allen Aspekten gemäß westeuropäischen Kraftwerksstandards geplant und genehmigt. Die Gesamtprojektkosten betragen rund 500 Mio. Euro, wovon rund 450 Mio. Euro auf den EPC-Vertrag entfallen. Um die Wettbewerbsfähigkeit des Projektes abzusichern, wird durch neue Technologien und Entwicklungen des Errichtungskonsortiums ein enorm hoher Nettowirkungsgrad von 59 Prozent garantiert.

V.i.S.d.P:

TÜSIAD Berlin Office

Märkisches Ufer 28

10179 Berlin

berlinoffice@tusiad.org